

**Abgeordnetenfrage für Stadtverordnetenversammlung am 26.11.09**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
Werte Damen und Herren Stadtverordnete und Gäste,

in der Märkischen Oderzeitung sind am Sonnabend, am Dienstag und Mittwoch Artikel zum Auslaufen des Haustarifvertrages der Stadt erschienen. Ein außerordentlich wichtiges Thema! Da sollte man meinen, dass dieses Thema auch zum Gegenstand der politischen Meinungsbildung in der StVV gemacht wird. Fehlanzeige. Die Angelegenheit wird als Geschäft der laufenden Verwaltung abgehandelt.

Der Umgang der Stadt mit diesem Thema ist nicht zu akzeptieren. Erst am 19.11.09 informierte Verwaltungsdezernent Gatzlaff den Hauptausschuss. Dies geschah in nichtöffentlicher Sitzung und ohne jegliche schriftliche Unterlage. Das Thema Haustarif stand auch nicht auf der Tagesordnung, sondern versteckte sich unter dem TOP „Informationen aus der Stadtverwaltung“. Es gab dazu einige Meinungsäußerungen von Ausschussmitgliedern, aber keine grundsätzliche Diskussion und Beschlussfassung dazu. Was am 19.11. noch als Gegenstand einer nichtöffentlichen Sitzung gesehen wurde, war am nächsten Tag Inhalt einer Pressemitteilung der Stadt.

Eine solche „Informationspolitik“ des Verwaltungsdezernenten ist nicht hinnehmbar. Es bestand genügend Zeit zur umfassenden Information und Einbeziehung der politischen Gremien. Völlig inakzeptabel ist auch der Versuch, die Gewerkschaftsmitglieder gegen die Nichtmitglieder auszuspielen. Dass die Stadt die gewerkschaftlich organisierten Angestellten auffordert, von ihrer Gewerkschaft die Verlängerung der zwischen Verwaltungsspitze und Personalrat (wessen Interessen vertritt dieser eigentlich?) ausgehandelte Haustarifversion zu verlangen, und im Falle der Ablehnung aus der Gewerkschaft auszutreten, ist ungeheuerlich. Sollen die Gewerkschafter Spießruten laufen?

Die Verwaltungsspitze droht, 20 Arbeitsplätze zu streichen und Lehrlinge nicht zu übernehmen, falls der Haustarifvertrag nicht verlängert wird. Nach der Methode „haltet den Dieb“ wird damit versucht, dem Tarifpartner ver.di die Verantwortung für den Arbeitsplatzverlust zuzuschieben. Tatsächlich aber versucht die Stadtverwaltung die finanziellen Probleme der Stadt auf die Angestellten abzuwälzen. Es gibt keinen hinreichenden Grund, diesen Haustarifvertrag zu verlängern, denn die seinerzeitigen Gründe für den Abschluss sind nicht mehr gegeben.

Die Stadt widerlegt ihre Argumente selbst, denn es wurden neue hochdotierte Leute für neu geschaffene Planstellen eingestellt. Zig-tausende € für Prozesskosten, Ruhestandsgehälter und Abfindungen wurden und werden ausgegeben, um Leute nach Hause zu schicken. Es ist auch Geld da für fragwürdige Investitionen (z.B. Bürgerzentrum, Grunderwerb) und für die Förderung von Investitionen Dritter (Gymnasium Finow). Ironisch könnte man fragen: sollen die Angestellten der Stadt den Ausbau des Eichwerder Ringes mitfinanzieren?

Sehr geehrter Herr Boginski,  
halten Sie es nicht auch für richtig und besser, in der Frage der Tarifgestaltung die Abgeordneten umfassend zu informieren und deren Meinung zur Grundlage von Entscheidungen zu machen?

